

PFC: Land hält sich finanziell zurück

Umweltminister Untersteller im Landratsamt

Von unserem Mitarbeiter
Ralf Joachim Kraft

Rastatt. Die PFC-Problematik ist komplex, der Umgang mit der Materie wegen des Fehlens vergleichbarer Fälle schwierig, eine Lösung des Problems nur im engen Schulterschluss aller zuständigen Stellen möglich. Darin war man sich einig. Doch sollen die belasteten Flächen nun möglichst schnell, am besten sofort saniert werden – oder ist Aktionismus fehl am Platz? Und wie steht es um die finanzielle Unterstützung seitens des Landes? „Wie ein Arzt vor einer Operation zunächst alles gründlich untersuchen muss, so müssen auch hier zuerst einmal die Vorarbeiten gemacht sein“, sagte Baden-Württembergs Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) am Montagabend bei seinem Besuch in Rastatt. Eingeladen hatte ihn die grüne Landtagsabgeordnete Beate Böhlen.

„Erst wenn wir mehr über das Ausbreitungs- und Transportverhalten dieser Substanzen wissen, kann gezielt saniert werden. Falsch ist die Behauptung, es werde erst saniert, wenn alle Verursacher ermittelt sind“, betonte der Minister bei der Bürgerinfoveranstaltung im Landratsamt. Er verwies auf das angepasste Grundwassermodell des Landes, das ab Sommer zur Verfügung stehen soll. Bis dahin gelte es abzuwarten. Das Land nehme die Problematik nicht auf die leichte Schulter. „Es bestehen für die Bevölkerung aber keine unmittelbaren Gefahren“, betonte Untersteller, der den hiesigen Behörden für die bisher geleistete, „sehr gründliche und verantwortungsvolle Arbeit“ dankte und ihnen versicherte: „Ich habe vollstes Vertrauen, dass Sie das Richtige tun und veranlassen.“

Kurz darauf vermeldete Untersteller, er habe just vor seiner Abfahrt erfahren, dass im Zuge des Vorernte-Monitorings bei einem „Spargelbetrieb erhöhte PFC-Werte festgestellt wurden. Die Spargel sind nicht mehr vermarktungsfähig“. Landrat Jürgen Bäuerle erbat mit Hinweis auf die

„Sanierungsvorüberlegungen“ die „Freigabe von Mitteln für die anstehenden Detailuntersuchungen und die Zusage, ohne das Abwarten der gerichtlichen Verfahren erste Schritte in die Wege leiten zu dürfen“. Er wünsche sich, das Land möge in die Vorfinanzierung gehen, „dann sparen wir Zeit“.

Auch die Baden-Badener Oberbürgermeisterin Margret Mergen bat um finanzielle Unterstützung: „Helfen Sie uns mit Abschlagszahlungen. Wir benötigen weitere Mittel, aber auch klare Vorgaben hinsichtlich der Grenz- und Prüfwerte.“ Nabu-Landesvorsitzender Andre Baumann warnte bei der Sanierung vor „planlosem Aktionismus“, zeigte sich indes überrascht über die weitere

Nabu kritisiert die Beregnung belasteter Äcker

Beregnung kontaminierter Flächen und empfahl, diese Entscheidung noch einmal zu überdenken. In der Frage, wer für die Misere finanziell geradestehen muss, machte Untersteller als Befürworter des Verursacherprinzips deutlich: „Erst wenn der Verursacher nicht in der Lage ist, den Schaden zu begleichen, springt die öffentliche Hand ein.“ Genauso sah das auch Regierungspräsidentin Nicolette Kressl.

In der Fragerunde kam alles auf den Tisch, was die Bürger bewegt: Die Beregnung der Ackerflächen, verbunden mit der Bitte eines Landwirts, das Land möge Geld bereitstellen für Aktivkohlefilter, mithin das „nur am Rande“ berücksichtigte Wasserhaushaltsgesetz oder auch das Bedauern darüber, dass eine wissenschaftlich fundierte Blutuntersuchung beim Menschen keine Fürsprecher findet. (Weiterer Bericht folgt.) ■ Südwestecho, Kommentar



BÜRGERINFORMATION: Umweltminister Franz Untersteller stand in Rastatt Rede und Antwort. Foto: Kraft